

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
Erstes Kapitel:	
Der Grundsatz der Gesetzesbestimmtheit.....	5
1. Abschnitt: Formen und Ursachen gesetzlicher Unbestimmtheit..... 5	
I. Deskriptive und normative Tatbestandsmerkmale	5
II. Vagheit, Porosität, Mehrdeutigkeit, Inkonsistenz	6
III. „Klassifikatorische Begriffe“ und „Typusbegriffe“.....	8
IV. Begriffskern und Begriffshof	10
V. Das Verhältnis von Bestimmtheitsgrundsatz und Gleichheitssatz	11
VI. Gesetzliche Unbestimmtheit durch Verweisung auf anderweitige Normierungen.....	13
2. Abschnitt: Der allgemeine verwaltungsrechtliche Bestimmtheitsgrundsatz	
1. Inhalt	15
A. Allgemeines	15
B. Die Bestimmtheit der Normformulierung.....	21
C. Bestimmtheitsanforderungen bei Überantwortung der Rechtskonkretisierung auf den Rechtsanwendungsprozess	27
1) Grundsätzlich keine Auslegungsprärogative der Exekutive bei unbestimmten Rechtsbegriffen	27
2) Die Überantwortung der Erfüllung von Bestimmtheitsanforderungen auf die Rechtsanwendungsinstanzen....	29

3) Gesetzliche Unbestimmtheit als Delegation der Entscheidungskompetenz zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung?	33
D. Die Bedeutung des Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG für den Inhalt des allgemeinen verwaltungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatzes	36
1) Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG als spezielle Ausformung allgemeiner Bestimmtheitskriterien.....	36
2) Verschiedene Beschreibungen der nach Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG gebotenen Ermächtigungsbestimmtheit	38
E. Ergebnis: Lehre von der Evidenzkontrolle	40
II. Sedes materiae des allgemeinen verwaltungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatzes.....	44
A. Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	45
1) Entstehungsgeschichte.....	45
2) Der Vorbehalt des Gesetzes	47
a) Die Herleitung von Bestimmtheitskriterien aus dem Vorbehalt des Gesetzes	47
b) Das Verhältnis von Wesentlichkeitstheorie und Bestimmtheitsgrundsatz	49
3) Der Vorrang des Gesetzes	50
a) Die Auffassung von Gusy	50
b) Kritik	52
B. Der Grundsatz der Gewaltenteilung	53
1) Die vorherrschende Argumentation.....	53
2) Kritik	55
C. Die Grundrechte.....	58
1) Die Auffassung von Kunig.....	58
2) Kritik	59

D.	Das allgemeine Rechtsstaatsprinzip	61
1)	Die Argumentation über das allgemeine Rechtsstaatsprinzip	61
2)	Kritik	61
E.	Die Rechtssicherheit	63
1)	Die Argumentation über das Prinzip der Rechts-sicherheit	63
2)	Die Unterscheidung von Rechtserkenntnissicherheit, Rechtsfortbestandssicherheit und Rechtsdurchset-zungssicherheit.....	64
3)	Kritik	66
F.	Das Demokratieprinzip	71
G.	Die Rechtsschutzgarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	73
H.	Der Bestimmtheitsgrundsatz: Ein verselbständiger unge-schriebener Grundsatz des positiven Verfassungsrechts? ..	75
I.	Ergebnis.....	78

Zweites Kapitel:

Das Ermessen.....	82
--------------------------	-----------

1. Abschnitt: Erscheinungsformen des Ermessens (Verwal-tungsermessen/richterliches Ermessen/gesetz-geberisches Ermessen)	82
I. Allgemeines	82
II. Gesetzgeberisches Ermessen	83
A. Legislativermessen.....	83
B. Normatives Ermessen	84

2. Abschnitt: Das Verwaltungsermessen	86
I. Rechtsgeschichtliche Entwicklung	86
II. Inhalt.....	87
A. Allgemeines	87
B. Ermessenscharakterisierende Gesetzesformulierungen	93
C. Gründe für die Einräumung von Verwaltungsermessen	94
D. Freies Ermessen - Gebundenes Ermessen.....	94
E. Intendiertes Ermessen	96
F. Kognitives Ermessen - Volitives Ermessen	97
G. Beurteilungsspielräume.....	98
1) Die Wesensverwandtschaft mit dem Rechtsfolge- ermessen.....	98
2) Charakteristika von Beurteilungsspielräumen.....	99
3) Beurteilungsspielräume bei Typusbegriffen	102
4) Kritik	103
5) Die normative Ermächtigungslehre.....	105

Drittes Kapitel:

Der Grundsatz der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung als besonderer steuerrechtlicher Bestimmtheitsgrundsatz.....	107
--	------------

1. Abschnitt: Existenz und Inhalt des besonderen steuerrecht- lichen Bestimmtheitsgrundsatzes	107
I. Allgemeines	107
II. Die geschichtliche Entwicklung des steuerrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatzes.....	112

2. Abschnitt: Die Grundlage des besonderen steuerrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatzes	115
I. Allgemeines	115
II. Der Mangel an Sachgesetzlichkeiten	116
III. Der Tatbestandsmäßigkeitegrundsatz als Zwecksurrogat ...	119
IV. Der Tatbestandsmäßigkeitegrundsatz als Ersatz für die fehlende Korrektivwirkung des Verhältnismäßigkeitegrundsatzes	120
V. Das Demokratieprinzip.....	122
VI. Der Steuerbegriff.....	125
VII. Die Regelungen der §§ 38, 85 AO	126
VIII. Gewohnheitsrecht.....	128
IX. Der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung	129
A. Die geschichtliche Entwicklung.....	131
B. Der Inhalt des Grundsatzes der Gleichmäßigkeit der Besteuerung	132
1) Allgemeines	132
2) Die Grundlagen des steuerlichen Legislativermessens	135
a) Die Erforderlichkeit besonderer Legitimationsgrundlagen	135
b) Die besondere Bedeutung des Gleichbehandlungsgebots.....	136
c) Die besondere Kompetenz zur konkreten Ausgestaltung der steuerlichen Gerechtigkeitskriterien	137
d) Keine Zulässigkeit der Übertragung der Kompetenz zur Ausgestaltung der konkreten steuerlichen Gerechtigkeitskriterien	139

e) Fazit/Stellungnahme.....	140
3. Abschnitt: Der Geltungsbereich des Grundsatzes der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung.....	141
I. Die Unterscheidung von den Bestimmtheitsanforderungen im nicht-steuerlichen Eingriffsrecht.....	141
II. Die konkreten Folgerungen aus dem Grundsatz der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung	145
A. Normen ohne materiell-steuerliche Auswirkung	145
B. Normen mit materiell-steuerlichem Regelungsgehalt.....	148
1) Differenzierte Bestimmtheitskriterien je nach Normcharakter?	148
a) Fiskalzwecknormen.....	148
b) Sozialzwecknormen/Vereinfachungszwecknormen..	150
c) Ergebnis	152
2) Eingeschränkte Bestimmtheitsanforderungen an Steuerentlastungstatbestände?	153
3) Tatbestandliche Bestimmtheit	156
4) Rechtsfolgenbestimmtheit	158
a) Allgemeines zur Geltung des Grundsatzes der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung auf der Rechtsfolgenseite	158
b) Zur Zulässigkeit von Rechtsverordnungen im steuerlichen Bereich	161
aa) Durchführungsverordnungen.....	161
bb) Materiell-rechtliche Rechtsverordnungen	162
cc) Der Umfang der Konkretisierungsbefugnis des Verordnungsgablers.....	166
III. Das kommunale Steuererfindungsrecht und der steuerliche Bestimmtheitsgrundsatz	168

IV. Gibt es ein Verbot steuerbegründender und steuerschärfender Analogie als Folge des steuerlichen Bestimmtheitsgrundsatzes?	172
A. Allgemeines	172
B. Besteht ein Analogieverbot aufgrund entsprechender Anwendung des strafrechtlichen Bestimmtheitsgebots des Art. 103 Abs. 2 GG?	174
C. Die Argumentation der herrschenden Judikatur	176
1) Belastende Analogie.....	176
2) Begünstigende Analogie.....	178
D. Kritik.....	179
1) Bewusste gesetzgeberische Nichtregelung.....	179
2) Unbewusste gesetzgeberische Nichtregelung.....	181

Viertes Kapitel:

Beurteilung einzelner Vorschriften der Abgabenordnung 1977 als Ermessensnormen oder als gebundene Vorschriften	187
---	------------

1. Abschnitt: Die Niedrigerfestsetzung aus Billigkeitsgründen gemäß § 163 S. 1, 1. Alt. AO: Eine materiellrechtliche Ermessensentscheidung?	187
I. Allgemeines zu § 163 AO	187
II. Die Entstehungsgeschichte des § 163 AO.....	190
III. Das Wesen der Vorschrift.....	192
IV. Die Billigkeitsentscheidung	195
V. Das Verhältnis: Auslegung - Billigkeitsmaßnahme.....	197
VI.Der Anwendungsbereich	198

A.	In zeitlicher Hinsicht	198
B.	In sachlicher Hinsicht	199
	1) Sachliche Unbilligkeit	200
	2) Persönliche Unbilligkeit	204
VII.	Die Normstruktur des § 163 S. 1, 1. Alt. AO als Ermessens- oder als gebundene Entscheidung	205
A.	Die bisher vertretenen Auffassungen	205
	1) Allgemeines.....	205
	2) Die Lehre von der „einheitlichen Ermessensentscheidung“.....	209
	3) Kritik an der Lehre von der „einheitlichen Ermessens-entscheidung“.....	215
	4) Die Lehre von der Koppelung von unbestimmtem Rechtsbegriff und Ermessensermächtigung	220
	5) Kritik an der Lehre von der Koppelungsvorschrift	222
	6) Die Lehre von der gebundenen Entscheidung aufgrund der Ermessengrenze der Unbilligkeit	223
	7) Kritik an der Lehre von der gebundenen Entscheidung aufgrund der Ermessengrenze der Unbilligkeit	225
B.	Eigener Lösungsansatz	226
	1) Die Normstruktur des § 163 S. 1, 1. Alt. AO im Lichte des Grundsatzes der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung	226
	2) Die Normstruktur des § 163 S. 1, 1. Alt. AO im Hinblick auf den Charakter der Vorschrift als Härteklausel	228

a) Allgemeines	228
b) Die Bedeutung von Härteklauseln für die Verfassungsmäßigkeit der generellen gesetzlichen Regelung.....	229
c) Lösungsversuche über die Ermessensreduktion.....	233
d) Kritik/Zwischenergebnis	236
3) Zum Spannungsverhältnis des § 163 S. 1, 1. Alt. AO mit dem steuerlichen Bestimmtheitsgrundsatz.....	242
4) Die Bedeutung von Rechtssicherheitserwägungen	244
5) Das Verhältnis der Niedrigerfestsetzung wegen sachlicher Unbilligkeit und der teleologischen Reduktion der Belastungsnormen	244
6) Die "Billigkeit" als vor die Klammer gezogenes weiteres Tatbestandsmerkmal des Besteuerungseingriffs	248
 2. Abschnitt: Der Erlass aus Billigkeitsgründen (§ 227 AO)	250
I. Anwendungsbereich	250
A. In sachlicher Hinsicht	250
B. In zeitlicher Hinsicht	250
II. Die Normstruktur des § 227 AO.....	252
A. Die herrschende Meinung	252
B. Abweichende Auffassungen.....	253
C. Präklusionswirkungen	254
1) Nach Ablehnung eines Antrags auf Niedrigerfestsetzung nach § 163 S. 1, 1. Alt. AO	254
2) Bei Nichtentscheid über eine Niedrigerfestsetzung nach § 163 S. 1, 1. Alt. AO wegen nicht rechtzeitigen Vortrags von Billigkeitsgründen	254

III. Kritik/Lösungsvorschlag	257
A. Bei Steuern	257
1) Die Obliegenheit des Steuerpflichtigen zu möglichst frühzeitigem Vortrag von Billigkeitsgründen.....	257
2) Die Folgerungen aus der Vortragsobliegenheit für die Normstruktur des § 227 AO	260
B. Bei anderen Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis .	263
3. Abschnitt: Ermessen im Rahmen der Vollstreckung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	265
4. Abschnitt: Ermessen im Zusammenhang mit der Heranziehung von Beziehern von Gewinneinkünften zur Außenprüfung (§ 193 Abs. 1 AO)	266
I. Allgemeines	266
II. Geschichtliche Entwicklung.....	267
III. Wesen und Ziel der Außenprüfung.....	269
IV. Der Kreis der Prüfungsunterworfenen	270
V. Die Ermessensnorm des § 193 Abs. 1 AO und das Problem der Vollzugsgerechtigkeit.....	272
A. Der Umfang des eingeräumten Ermessens.....	272
1) Allgemeines	272
2) Das Entschließungsermessen.....	274
a) Die Entscheidung, ob überhaupt Außenprüfungen durchgeführt werden.....	274
b) Die Entscheidung, ob eine Außenprüfung oder eine Prüfung an Amtsstelle vorgenommen wird....	275
c) Das Auswahlermessen	275

B.	Defizite im tatsächlichen Vollzug, insbesondere im Hinblick auf den Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung	276
C.	Gleichheitsrechtliche Probleme	277
D.	Die Auswahlkriterien der Praxis.....	279
E.	Die BpO als Mittel zu einer gleichheitskonformen Ermessensausübung?.....	282
F.	Zur Verfassungsmäßigkeit der Ermessenseinräumung in § 193 Abs. 1 AO	283
VI.	Ergebnis.....	286

Fünftes Kapitel:

Zusammenfassung.....	289
-----------------------------	------------

1. Abschnitt: Der Grundsatz der Gesetzesbestimmtheit im nicht-steuerlichen Verwaltungsrecht: Inhalt und Grundlagen.....	289
2. Abschnitt: Der Grundsatz der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung als besonderer Bestimmtheitsgrundsatz: Inhalt und Grundlagen.....	294
3. Abschnitt: Die Bedeutung des Grundsatzes der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung für die kommunale Steuerrechtsetzung.....	304

4. Abschnitt: Der Grundsatz der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung und das Verbot steuerbelastender Analogie.....	305
5. Abschnitt: Die Normstruktur der Billigkeitsvorschrift des § 163 S. 1, 1. Alt. AO	306
6. Abschnitt: Die Normstruktur der Erlassvorschrift des § 227 AO..	312
7. Abschnitt: Das Ermessen bei der Vollstreckung von Ansprüchen der Finanzverwaltung (§ 249 AO).....	315
8. Abschnitt: Das Ermessen bei der Heranziehung von Beziehern von Gewinneinkünften zur Außenprüfung (§ 193 Abs. 1 AO)	315
Literaturverzeichnis	319